

Parolenspiegel

28.09.2014

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2014
Für Rückfragen	Maleica Landolt, Kopräsidentin glp Stadt Zürich: +41 79 317 33 71 Martin Luchsinger, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 399 51 14
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich zurich@grunliberale.ch Website: www.zurich.grunliberale.ch

Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **Nein** zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes»
- **Nein** zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Begründung: siehe Anhang

Kantonale Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes (Festlegung Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum)

Begründung: siehe Anhang



Stadtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zum Sportzentrum Heuried (Objektkredit von 81,359 Millionen Franken)

Begründung: siehe Anhang

Mit herzlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

JA zum Sportzentrum Heuried (Objektkredit von 81,359 Millionen Franken)

Die städtischen Grünliberalen befürworten den Neubau der Sportanlage Heuried mit Eishalle. Die jetzige Anlage ist renovierungsbedürftig. Die neue Anlage ist komplett auf den Breitensport ausgerichtet, sie bietet Trainingsmöglichkeiten für zusätzlich 150 Hockeyaner und 350 Eisläufer mit einer Tribüne für 300 ZuschauerInnen. Der Mehrbedarf im Bereich Eissport ist unbestritten. Die glp begrüsst zudem die Massnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit. So wird die Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach der Eishalle einen Viertel des Strombedarfs decken und die Abwärme der Kältemaschinen wird gleichzeitig zum Heizen und zur Warmwasserproduktion verwendet.

Grünliberale Partei Kanton Zürich

JA zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes (Festlegung Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum)

Die kantonalen Grünliberalen sagen Ja zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes. Damit können die Gemeinden künftig einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen festlegen, sofern die Um- und Aufzonungen eine höhere Ausnutzungsziffer vorsehen. Dies hat zwei wesentliche Vorteile: Die Gemeinden müssen keine Steuermittel für günstigen Wohnraum einsetzen, während die Grundeigentümer mehr Wohnungen bauen können.

Grünliberale Partei Schweiz

NEIN zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes»

Die Delegierten der Grünliberalen lehnen mit 115 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes» klar ab. Statt die Mehrwertsteuer wegen Partikularinteressen der Gastrobranche weiter zu verkomplizieren, verlangen die Grünliberalen einen Einheitssteuersatz oder noch besser deren vollständige Abschaffung und ein Ersatz, wie es die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» verlangt.

NEIN zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» lehnen die Grünliberalen mit 81 Nein-Stimmen zu 30 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. Die glp ist der Meinung, dass die Wahlfreiheit der Versicherten auch bei der Grundversicherung bestehen bleiben muss. Zudem fördert der Wettbewerb einen effizienten und kundenfreundlichen Service durch die Krankenkassen.